

# Ruth Metzlers langer Schatten

Seit sechzehn Jahren versucht die Schweiz, das Thema Migration bei der Uno ganz oben auf die Agenda zu setzen. Jetzt, da ihr das gelungen ist, kommt das grosse Staunen. *Von Hubert Mooser*

Bundespräsident Alain Berset genoss den Auftritt vor der Uno-Versammlung am 26. September 2018 sichtlich. Er kritisierte ein bisschen hier und ein bisschen da, bot die Schweiz als Mediatorin an und beschrieb dann die aktive Rolle, die das Land bei der Erarbeitung des Migrationspaktes gespielt hatte. Das sei eine gewaltige Herausforderung, welche die Beteiligung aller Akteure verlange, beschwor Berset die Uno-Mitglieder. Vielleicht hätte der Bundespräsident gut daran getan, wenn er in seiner vom Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) redigierten Rede erwähnt hätte, dass die Schweizer Landesregierung sich mit der Zustimmung zum Migrationspakt schertue und die Beteiligung der Schweiz noch etwas ungewiss sei.

Der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis machte hinter den Kulissen schon im Sommer deutlich, dass er den Uno-Migrationspakt bei weitem nicht mit derselben Begeisterung unterstützt wie sein Amtsvorgänger Didier Burkhalter. Erst nach einer vertieften Analyse durch das EDA stimmte der Bundesrat der umstrittenen Uno-Empfehlung am 10. Oktober im zweiten Anlauf zu. Ob Bundespräsident Berset am 10. Dezember nach Marrakesch fliegen wird, um gemeinsam mit anderen Staatsoberhäuptern dem laut Experten unverbindlichen Papier (siehe Seite 24/25) per Akklamation zuzustimmen, steht zur Zeit noch in den Sternen.

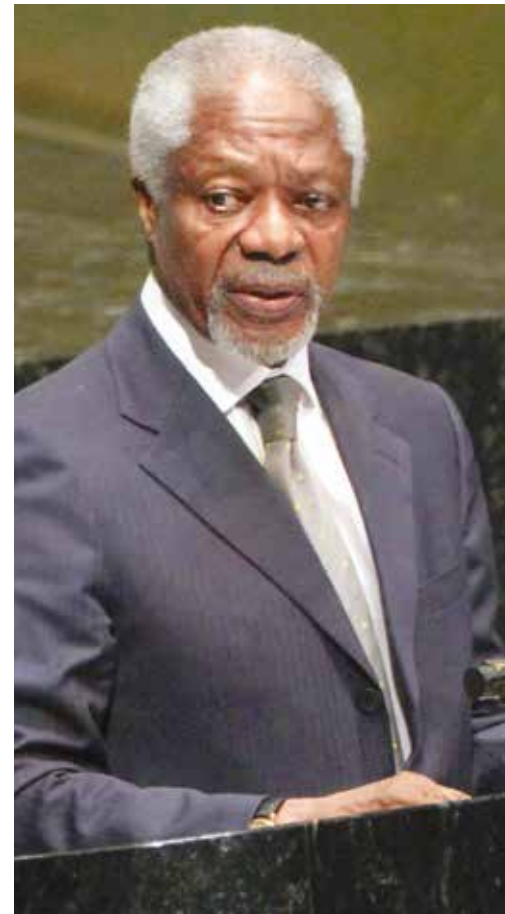
## Bumerang für den Bundesrat

Denn einiges ist in Bewegung geraten, seit die SVP bei einer Pressekonferenz Mitte September das Papier scharf kritisiert hatte. SVP-Präsident Albert Rösti und Nationalrat Andreas Glarner warnten: Der Pakt sei nicht vereinbar mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung. Der Bundesrat dürfe das Papier auf keinen Fall gutheissen. Danach taten die anderen Akteure, als fielen sie aus allen Wolken – angefangen bei der sich sonst staatstragend gebenden FDP.

Vom Ausserrhoder Andrea Caroni über den Zürcher Hans-Peter Portmann bis zum bei derartigen Geschichten üblicherweise nach links neigenden Solothurner Kurt Fluri kritisierten die Freisinnigen den Pakt – obwohl mit Didier Burkhalter einer ihrer eigenen Bundesräte treibende Kraft gewesen war. Burkhalter hatte im Sommer 2016 dem Schweizer Uno-Botschafter Jürg Lauber grünes Licht gegeben, damit dieser ein Mandat zur Ausarbeitung eines Migrationspaktes annehmen durfte, das ihm der Präsident der Uno-Vollversammlung, der



*Weltweite Lösung:* ehemalige Justizministerin Metzler, Uno-Generalsekretär Annan.



*Treibende Kraft:* Bundesrat Burkhalter.

Fidschianer Peter Thomson, angetragen hatte. Dass dieses Mandat der Landesregierung dereinst als Bumerang um die Ohren fliegen könnte, daran dachte damals niemand.

Genau das passiert jetzt. So sagt Ständerat Caroni: «Es ehrt unseren diplomatischen Ruf, dass man unseren Diplomaten solche Uno-Projekte zu- und anvertraut.» Aber das heisse nicht, «dass wir als Land dann dem schlussendlichen Resultat zustimmen müssen». Caroni ist



*«Zu brisant, zu weitgehend»:* Nationalrätin Fiala.

der Meinung, dass jemand, der sich auch nur «soft» binde, dies prüfen müsse. Diese Prüfung soll nun das Parlament übernehmen, nachdem gleich beide Staatspolitischen Kommissionen die Auffassung vertreten haben, das Parlament müsse über den Migrationspakt befinden können. Dieser Haltung schloss sich die Aussenpolitische Kommission des Ständerates am Montag im Beisein von Bundesrat Cassis an.

SVP-Präsident Albert Rösti weiss nicht so

recht, was er vom plötzlichen Widerstand der FDP und der CVP halten soll. Als er sie jüngst bei den Von-Wattenwyl-Gesprächen dazu aufrief, gemeinsam mit der SVP den Migrationspakt zu bekämpfen, fiel die Antwort jedenfalls vage aus. Rösti befürchtet deshalb, dass nach der Abstimmung über die Selbstbestimmungsinitiative Ende November alle brav und ohne viel Federlesen den Uno-Pakt durchwinken werden.

### Fiala warnte schon im Januar

Die FDP hätte schon vor Monaten Gelegenheit gehabt, die Reissleine zu ziehen. Als die Zürcher Nationalrätin Doris Fiala im Januar 2018 das Präsidium der Europarat-Kommission Migration, Flüchtlinge und Vertriebene übernahm, versuchte die Administration des Europarates, ihr den Migrationspakt unterzujubeln. Fiala legte sich quer, nachdem sie einen Entwurf dieses Papiertes studiert hatte. «Ich wollte nichts Präjudizierendes unternehmen im Europarat», so Fiala, «dazu fand ich den Inhalt viel zu brisant, zu weitgehend und nicht realisierbar. Mir war bewusst, dass einige Nationalkonservative aus Tschechien, Polen oder Ungarn harsch reagieren würden, wie bei uns auch die SVP.»

Fiala nahm stattdessen Kontakt auf mit dem Sonderbeauftragten für Migrationsfragen, Eduard Gnesa, einem Spezialisten für dieses Thema. Sie legte ihm ihre Bedenken dar und beschied ihm, dass sie den Pakt in der Kommission nicht verabschieden werde. Sie sei gegen den Inhalt in dieser Form und Ausmass ge-

## Die Schweiz und das EDA machten den Pakt sofort zu ihrer Sache.

wesen, habe es jedoch als wichtig erachtet, dass Gnesa selber den Pakt in der Kommission im Januar 2018 vorstelle, damit die 81 Mitglieder aus den 47 Europarat-Staaten das Wissen in ihre Heimat tragen und zur Debatte stellen könnten. Danach habe sie vom Papier vorerst nichts mehr gehört. Erst vor wenigen Wochen habe sie die Brisanz realisiert. «Ich habe dann die Endversion des Pakts studiert, die nur unwesentliche Änderungen seit meiner Kritik im Europarat erfahren hatte.» Sie habe deshalb umgehend Parteipräsidentin Petra Gössi und Bundesrat Ignazio Cassis über ihre Bedenken und kritischen Einschätzungen informiert.

### Kofi Annan war begeistert

Interessant ist, dass der Migrationspakt in der Schweiz seinen Anfang genommen hatte. 2002 lancierte die damalige Justizministerin Ruth Metzler die sogenannte Berner Initiative. Metzlers Credo damals: Die Migrationsfragen könnten im nationalen Alleingang nicht gelöst werden. Die CVP-Bundesrätin lud Experten nach Bern ein. Diese sollten Möglichkeiten zur Steuerung der internationalen Migration eruieren.

Uno-Generalsekretär Kofi Annan war begeistert von der Idee und versprach Metzler bei einem Treffen zwei Jahre später, er wolle ihre Initiative als Grundlage für eine weltweite Lösung prüfen, wie verschiedene Medien damals berichteten.

2006 liess Annan seinen Worten Taten folgen. Er regte die Schaffung eines globalen Migrationsforums an. Die Schweiz jubelte, und der damalige Chef der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Walter Fust, gab zu Protokoll, dass die Migration damit auch auf die Agenda der Uno komme; bis zu jenem Zeitpunkt war die Migration vor allem ein Thema der Justizministerin gewesen. Nach der Gründung des Globalen Forums für Migration und Entwicklung nahm das EDA verstärkt auf das Dossier Einfluss – insbesondere durch den damaligen Chef der Politischen Abteilung IV (Menschliche Sicherheit), Thomas Greminger.

Metzlers «Berner Initiative» verschwand sang- und klanglos von der Bildfläche, und in den Vordergrund rückte stattdessen das Globale Forum für Migration. Es wurde zur Plattform für den Austausch über Migrationsfragen zwischen Regierungen, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft. Verbindliche Beschlüsse wurden keine gefasst, wohl aber gute Praktiken weitergegeben. 2011 leitete der Schweizer Sonderbotschafter für Migrationsfragen, Eduard Gnesa, das von der Uno unabhängige Gremium.

Als 2015 die Flüchtlingskrise Europa in Atem hielt, schoss das Thema Migration auf der Uno-Agenda ganz nach oben, und die Spezialisten des Globalen Forums rückten in die erste Reihe. Die Uno setzte für September 2016 einen Flüchtlingsgipfel an. Dieser endete in der «New Yorker Erklärung», die als Grundlage diente für die Ausarbeitung eines globalen Migrationspaktes und die von Justizministerin Simonetta Sommaruga unterschrieben wurde. Da die Schweiz das Dossier in den vergangenen Jahrzehnten stark geprägt und gepusht hatte, erstaunt es nicht, dass Uno-Vollversammlungs-Präsident Thomson einen Schweizer mit der Erarbeitung eines Migrationspaktes beauftragte. Viele der Themen, die das Globale Forum diskutiert hatte, flossen denn auch in die Überlegungen zum Migrationspakt ein, wie EDA-Mitarbeiter gegenüber der *Weltwoche* sagen.

Die Schweiz und das EDA machten den Pakt sofort zu ihrer Sache. Wie anders ist es zu erklären, dass Bundespräsidentin Doris Leuthard sich im September 2017 bei ihrer Rede vor der Uno dafür starkmachte – dabei wusste man damals noch gar nicht, was in dieser Sache herauskommen würde. Wie sagte Doris Fiala einmal: Es gebe Probleme, die wir tatsächlich nur im internationalen Kontext lösen könnten. Aber dafür darf man sich nicht von der Innenpolitik abhängen. Genau das ist beim Migrationspakt passiert. ○

## Politik

# Amherd in Bedrängnis

## Die CVP-Bundesratskandidatin macht unwahre Angaben zur Honoraraffäre.

Als die Briger CVP-Politikerin Viola Amherd vor einer Woche die Pressekonferenz zu ihrer Bundesratskandidatur nachholte, die sie vor einigen Wochen wegen einer Nierensteingeschichte hatte verschieben müssen, kam sie in Bedrängnis. Medienleute wollten von ihr wissen, ob es stimme, dass der Walliser Staatsrat intervenieren musste, weil sie bei einem Kaufvertrag mitbeteiligten Notaren das Honorar nicht habe überweisen wollen. Dies hatte die *Weltwoche* berichtet. «Das ist falsch», gab Amherd zurück. Mehr wollte sie dazu nicht sagen.

### Staatsrat bestätigt Vorkommnisse

Auf Anfrage bestätigt der damals zuständige, ehemalige Staatsrat Oskar Freysinger die Fakten. Wenn eine Politikerin, die ein Amt in der Bundesregierung anstrebe, so unverfroren die Unwahrheit sage, dann könne er nicht schweigen. Es liege im öffentlichen Interesse, dass den Bürgern reiner Wein eingeschenkt werde. Im besagten Fall habe er zuerst telefonisch versucht, Amherd davon zu überzeugen, den zwei jungen Oberwalliser Notaren ihren Anteil zukommen zu lassen. Dann habe er es noch einmal mündlich am Rande eines öffentlichen Anlasses mit Hilfe eines Regierungskollegen versucht. Danach habe er Amherd zweimal schriftlich dazu auffordern müssen, bis endlich etwas in Gang gekommen sei. Ein anderer prominenter Staatsrat, der wie Amherd der CVP angehört, bestätigt gegenüber der *Weltwoche* die Vorkommnisse.

Worum ging es? 2013 hatte der Kanton Wallis dem Kloster St. Ursula in Brig die Sportanlagen inklusive Hallenschwimmbad zum Preis von 22 Millionen Franken abgekauft. Das Honorar für die Verurkundung betrug 40 000 Franken. Gemäss einer im Wallis gängigen Gepflogenheit beschloss die Walliser Regierung, Amherd solle als Hauptnotarin den Kaufvertrag notariell besiegeln, aber die damals beiden jüngsten Notare im Oberwallis, M.G. und A.P., daran beteiligen. So wurde es auch im Grundbuch eingetragen. Doch Amherd wollte sich zuerst mit juristischen Spitzfindigkeiten um die Zahlung drücken. Es dauerte fast ein Jahr, bevor sie den Notariatskollegen je einen Drittel auszahlte – und dies erst auf Druck von Staatsrat Freysinger, der als Justizminister die Aufsicht über die Notare hatte. *Hubert Mooser*